

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, den 22.11.2017, 15:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Bürgermeister Rudi Bertram ab 19:20 Uhr anwesend Verwaltung

Stv. Vorsitzende/r

Frau 1. stellv. Bürgermeisterin Helen Weidenhaupt SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis SPD

Herr Ratsmitglied Peter Kendziora SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Krauthausen SPD

Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt SPD

Herr Ratsmitglied Oliver Liebchen SPD

Herr Ratsmitglied Stephan Löhmann Für RM Stefan Kämmerling SPD

Herr Ratsmitglied Heinz Thoma SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr 2. stellv. Bürgermeister Wilfried Berndt CDU

Herr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bündgens CDU

Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters CDU

Herr Ratsmitglied Mark Pützer Für RM Thomas Schlen-ter CDU

Ratsmitglieder FDP-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Ulrich Göbbels FDP

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Ratsmitglied Manfred Waltermann UWG

Ratsmitglieder Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei

Herr Fraktionsvorsitzender Albert Borchardt Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei

Von der Verwaltung

Frau Marion Braun Verwaltung

Frau Marie-Antoinette Breil Verwaltung

Herr Leo Breuer Verwaltung

Herr René Costantini Verwaltung

Herr Fabian Esser Verwaltung

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Hermann Gödde Verwaltung

Herr Helmut Gühsgen Verwaltung

Frau Silvia Hannemann Verwaltung

Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich Verwaltung

Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Stefan Kaever Verwaltung

Herr Dieter Kamp Verwaltung

Herr Wolfgang Mertens	Verwaltung
Frau Bettina Merx	Verwaltung
Herr Edmund Müller	Verwaltung
Herr Martin Quadflieg	Verwaltung
Herr Heinz Rehahn	Verwaltung
Herr Jürgen Rombach	Verwaltung
Herr Jürgen Termath	Verwaltung

Gäste

Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies	UWG
Herr Ratsmitglied Konstantin Theuer	FDP

Schriftführer/in

Frau Kerstin Gussen	Verwaltung
Herr Patrick Roth	Verwaltung

Abwesend:

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Stefan Kämmerling	SPD
-------------------------------------	-----

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Thomas Schlenker	CDU
------------------------------------	-----

Die stellv. Ausschussvorsitzende Weidenhaupt eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 15:00 Uhr und begrüßte die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Die stellv. Ausschussvorsitzende Weidenhaupt stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gegeben sei. Außerdem verwies sie auf die bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Haushaltssatzung 2018	
1.1	Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat	
1.2	Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung	
1.3	Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp.	
1.4	Präventionsberatung zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit; Fortführung der Leistungsvereinbarung mit dem SkF - Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Ortsverein Eschweiler	288/17
1.5	Zuschuss für den Citymanagement Eschweiler e.V.	377/17
1.6	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2018	374/17
2	Anfragen und Mitteilungen	

Nicht öffentlicher Teil

3	Schulungs- und Gymnastikzentrum im Keller der Sporthalle Jahnstraße	326/17
---	---	---------------

4	Genehmigung von dringlichen Entscheidungen	
4.1	Dachdeckerarbeiten ehemalige Hauptschule Dürwiß	337/17
4.2	Wärmedämmverbundsystemarbeiten im Rahmen der Sanierung der ehem. Hauptschule Dürwiß	338/17
5	Grundstücksangelegenheiten	
5.1	Verkauf eines städtischen Grundstückes	323/17
5.2	Erwerb eines Gebäudes	379/17
6	Kenntnisgaben	
6.1	Liquiditätssicherungskredite	336/17
6.2	Vergabe von Aufträgen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB -	343/17
7	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1 Haushaltssatzung 2018

1.1 Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat

Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaver berichtet nachfolgend mündlich zu den Haushaltsplanberatungen im Jugendhilfeausschuss.

Gemäß § 71 Absatz 3 Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz - in Verbindung mit § 6 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Eschweiler steht dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel zu und er übt das Recht zur Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe aus.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Eschweiler hat daher in seiner Sitzung am 16. November 2017 den Entwurf des Jugendhilfeeats für das Haushaltsjahr 2018 für die Produkte

- Unterhaltsvorschussleistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Kinder- und Jugendförderung
- Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
- Öffentliches Grün - Teilbereich Kinderspielplätze

einschließlich der mit Verwaltungsvorlage Nr. 364/17 vom 03.11. hierzu verwaltungsseitig eingebrachten Veränderungslisten beraten.

Dem Ausschuss lagen im Rahmen der Etatberatungen ferner zwei Anträge der SPD-Stadtratsfraktion vom 13. November 2017 vor. Beide Anträge sind

unter lfd. Nr. 1 „Stärkung der Betreuungssituation für Kinder in Eschweiler; Ausbau der Tagespflege“ mit Bezug auf Verwaltungsvorlage Nr. 368/17

und lfd. Nr. 2 „Weiterentwicklung Jugendpartizipation und Jugendforum“ mit Bezug auf Verwaltungsvorlage Nr. 346/17

Bestandteil des heutigen Paketes der Änderungsanträge der Fraktionen. Darüber hinaus hat die SPD-Gruppe im JHA beantragt, im Produkt „Kinder- und Jugendförderung“ den Ansatz im Sachkonto „Fördermaßnahmen Jugendverbandsarbeit gemäß Richtlinien“ im Zeitraum 2018 bis 2021 um jeweils 1.000 € zu erhöhen und damit wieder das bisherige Fördervolumen zu erreichen. Die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen sind in der Ihnen vorliegenden Veränderungsliste zum Produktbereich 06 „Kinder, Jugend und Familie“ dargestellt.

Der Jugendhilfeausschuss hat den Entwurf des Jugendhilfeeats 2018 ff., die Veränderungsliste der Verwaltung sowie die vorerwähnten Änderungsanträge diskutiert und ihnen abschließend jeweils einstimmig zugestimmt.

Darüber hinaus teilte Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaefer mit, dass der Integrationsrat auf Grundlage von § 11 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung in seiner Sitzung am 09.11.2017 den Haushalt 2018 beraten habe. Der Integrationsrat schlägt dem Haupt- und Finanzausschuss einstimmig vor, den Antrag der Integrationsvorsitzenden auf Bereitstellung von zusätzlichen 4.000 € zur Durchführung eigener Aktivitäten und Veranstaltungen zu entsprechen. Der Antrag sei in die Veränderungsliste zu Produktbereich 05 - Soziale Leistungen - unter Buchst. D) lfd. Nr. 14 entsprechend eingearbeitet worden.

1.2 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung

Es lagen keine Einwendungen gegen die Haushaltssatzung vor.

1.3 Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte über die eingebrachten Änderungsvorschläge der Fraktionen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2018 wie nachfolgend ab.

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung

- Der Antrag der CDU-Fraktion, Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 € für die Einrichtung weiterer E-Governmentangebote in den Haushalt einzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der UWG-Fraktion und der FDP-Fraktion, abgelehnt.

Die SPD-Fraktion hält den geforderten Betrag der CDU-Fraktion für nicht ausreichend, da das Thema Digitalisierung deutlich mehr umfasse, als der Ausbau des E-Government in der Verwaltung. Diese Aufgabe erfordere daher auch die Bereitstellung entsprechender Personalkapazitäten.

Ratsmitglied Berndt begründet die Betragsermittlung der CDU-Fraktion damit, bestimmte Aufgaben wie z. B. die Wartung von Servern an ein Rechenzentrum übertragen zu wollen, so dass neue und zukunftsorientierte Aufgaben durch das bereits vorhandene Personal wahrgenommen werden können.

Die CDU-Fraktion spricht sich ausdrücklich gegen eine Aufstockung im Personal aus.

- Die SPD-Fraktion verweist auf ihren mit Tischvorlage unterbreiteten Antrag, eine zukunftsorientierte und umfassende Digitalisierungsstrategie für das gesamte Stadtgebiet Eschweiler zu entwickeln. Hierfür soll eine zusätzliche Koordinationsstelle geschaffen und Personalmittel i. H. v. 60.000 € bereitgestellt werden. Diesem Antrag wurde mehrheitlich, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der UWG-Fraktion und der FDP-Fraktion zugestimmt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, zusätzliche 100.000 € für die technische Ausrüstung des städtischen Gymnasiums einzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion, abgelehnt.

Der mündliche Antrag der UWG-Fraktion, zunächst 10.000 € als Planungsaufwendungen in den Haushalt einzustellen, wurde einstimmig beschlossen.

- Dem Antrag der FDP-Fraktion, den Haushaltsansatz für die EDV-Ausstattung an Schulen für den pädagogischen Bereich um 200.000 € zu erhöhen, wurde einstimmig zugestimmt.
- Der Antrag der FDP-Fraktion, für die Förderung von sozialem Wohnungsbau 250.000 € in den Haushalt einzustellen, wurde einstimmig beschlossen.

Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung

- Der Antrag der CDU-Fraktion, zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 15.000 € zur Schaffung einer halben Stelle für das Ordnungsamt bzgl. der Sauberkeit in der Innenstadt bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der UWG-Fraktion und FDP-Fraktion, abgelehnt.
- Dem Antrag der FDP-Fraktion bzgl. der Anschaffung einer Softwarelizenz zur bargeldlosen Parkscheinbezahlung per App wurde inhaltlich zugestimmt, jedoch ansatzmäßig abgelehnt. Seitens der Verwaltung wird ausgeführt, dass die Deckung im Rahmen des Gesamtbudgets der EDV erfolgen könne. Die FDP-Fraktion erklärt sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Produktbereich 03 - Schulen

- Der Antrag der Fraktion Die Linke & Piratenpartei, den Haushaltsansatz für 2018 um 25.000 € sowie für die Jahre 2019 – 2021 um 50.000 € zu erhöhen, um einen Medienpädagogen zum 2. Halbjahr 2018 einzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der UWG-Fraktion und FDP-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz für Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen um 2.500 € zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.

Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft

- Der Antrag der Fraktion Die Linke & Piratenpartei, den Haushaltsansatz für die Dozenten honorare der Musikschule um 25.000 € zu erhöhen, wurde nach den Ausführung vom Beigeordneten und Stadtkämmerer Kaefer zurückgezogen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, den Haushaltsansatz für Veranstaltungen der Bibliothek auf 10.000 € zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz für die Büchereiausstattung um 10.500 € zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.
- Aufgrund des v. g. einstimmigen Beschlusses über die Ansatzerhöhung der Büchereiausstattung, zog die Fraktion Die Linke & Piratenpartei ihren Antrag auf Erhöhung des Ansatzes der Büchereiausstattung um 2.500 € sowie den Antrag über die Ansatzerhöhung für Geräte, Ausstattungen, Lizenzen der Bibliothek ab 2019 ff. zurück.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz für ehrenamtliche Tätigkeiten um 200 € zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.
- Der Antrag der Fraktion Die Linke & Piratenpartei, den Ansatz für Zuschüsse an die städtische

Musikgesellschaft um 600 € zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der UWG-Fraktion und der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der FDP-Fraktion, abgelehnt.

- Der Antrag der Fraktion Die Linke & Piratenpartei, den Ansatz für Zuschüsse an Verbände und Vereine um 450 € zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der UWG-Fraktion und der FDP-Fraktion, abgelehnt.

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen

- Der Antrag des Integrationsrates sowie der UWG-Fraktion, den Zuschuss für Integrationsmaßnahmen im Bereich von Veranstaltungen um 4.000 € zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.
- Aufgrund des v. g. einstimmigen Beschlusses über die Ansatzserhöhung der Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen, zog die FDP-Fraktion ihren Antrag zur Erhöhung des o. g. Ansatzes um 1.500 € zurück.
- Den Anträgen der SPD-Fraktion, Zuschüsse für den SkF e.V. sowie für den BEO e. V. zusätzlich bereitzustellen, wurde einstimmig entsprochen.
Hierzu führte der Beigeordnete und Stadtkämmerer Kaefer aus, dass nach Zusammenlegung der Sachkonten die geplanten bzw. beantragten Maßnahmen mit dem vorhandenen ungekürzten Budget bestritten werden können und eine Mittelaufstockung deshalb nicht erforderlich sei.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, einen Haushaltsansatz i. H. v. 15.000 € für die Ausstattung des Seniorenzentrums Marienstraße mit neuem Mobiliar zu bilden, wurde einstimmig beschlossen.

Produktbereich 08 - Sportförderung

- Der Antrag der FDP-Fraktion, Haushaltsmittel i. H. v. 5.000 € zur Vorstellung der Sportvereine im Rahmen eines Stadtfestes einzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sowie bei Enthaltung der UWG-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, den Haushaltsansatz zur Investitionsförderung für Sportvereine um 2.000 € zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, den Haushaltsansatz für die Ausstattung von Sportstätten um 19.000 € zu erhöhen, wurde zurückgezogen, da diese Haushaltsmittel bereits in der Veränderungsliste der Verwaltung berücksichtigt wurden.

Produktbereich 09 - Räumliche Planung und Entwicklung

- Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt mündlich ein Verkehrsgutachten bzgl. des Bahnübergangs Jägerspfad in Auftrag zu geben.
Herr Erster und Technischer Beigeordneter Gödde führt hierzu aus, dass zurzeit bereits Verkehrsströme diesbezüglich untersucht werden. Die Ergebnisse werden sodann im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss bekanntgegeben. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erklärt sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV

- Dem Antrag der SPD-Fraktion, zusätzliche 68.000 € in 2018 sowie 70.000 € in 2019 ff. für die Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen bereitzustellen, wurde einstimmig zugestimmt.
- Den Anträgen der SPD-Fraktion, separate Haushaltsansätze zur Unterhaltung der Radwege sowie zur Unterhaltung von barrierearmen Verkehrsflächen i. H. v. jeweils 50.000 € einzurichten, wurde einstimmig zugestimmt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, für die Erstellung eines Konzeptes zur Parkraumplanung im Stadtgebiet 30.000 € in den Haushalt einzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, abgelehnt.
- Im Zuge dieser Beratungen stellte die SPD-Fraktion den mündlichen Antrag, für das Haushaltsjahr 2019 30.000 € für das Parkraumkonzept als Haushaltsansatz einzustellen. Diesem Antrag wurde mehrheitlich, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, zugestimmt.
- Der Antrag der FDP-Fraktion, eine Schnellladestation für Busse und Taxen am Bushof einzurichten, wurde zurückgezogen. Hier ist die FDP-Fraktion bereit, Gespräche mit der ASEAG sowie dem Energieversorger abzuwarten und ggf. den v. g. Antrag erneut im nächsten Jahr zu stellen.

Produktbereich 13 - Natur- und Landschaftspflege

- Der Antrag der Fraktion Die Linke & Piratenpartei, den Haushaltsansatz zur Unterhaltung der Grünflächen und Aufbauten um 10.000 € zur gezielten Stadtbegrünung (Dachflächenbegrünung) zu erhöhen, wurde einstimmig beschlossen.
Voraussetzung für die Zustimmung der CDU-Fraktion ist die Prüfung der Haltbarkeit der Begrünung seitens der Verwaltung. Die SPD-Fraktion fordert hier ausdrücklich die mögliche Inanspruchnahme von Fördermitteln.
- Der mündliche Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, eine zusätzliche Kletterwand für Kleinkinder am Spielplatz zwischen Indestraße und Grüner Weg zu errichten, wurde nach den Ausführungen des Beigeordneten und Stadtkämmerers Kaefer, diesen Vorschlag in die Fachdiskussion im AK Kinderspielplätze u. Jugendtreffpunkte einzubringen und eine Beschaffung aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln „Spielgeräte Städt. Spielplätze“ ins Auge zu fassen, zurückgezogen.

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus

- Der Antrag des Citymanagements Eschweiler e. V. sowie der FDP-Fraktion, den jährlichen Zuschuss um 10.000 € zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei einer Nein-Stimme der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, beschlossen.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, Haushaltsmittel i. H. v. 80.000 € für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus am Blaustein-See bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, abgelehnt.

Im Zuge der Beratungen schlug Bürgermeister Bertram vor, zusätzliche Maßnahmen von den Gesprächen mit einem möglichen Investor zum Bau eines Hotelkomplexes am Blaustein-See abhängig zu machen.

Diesem Vorschlag folgte der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft

- Der Antrag der UWG-Fraktion, die Grundsteuer A um 10 Prozentpunkte zu senken, wurde mehrheitlich, bei einer Ja-Stimme der UWG-Fraktion, abgelehnt.

- Die Anträge der CDU-Fraktion sowie der UWG-Fraktion, die Grundsteuer B um 20 Prozentpunkte zu senken, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie der UWG-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der UWG-Fraktion, die Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte zu senken, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie der UWG-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der UWG-Fraktion, den Satz zur Verzinsung des Eigenkapitals um 0,5 % zu senken, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie der UWG-Fraktion, abgelehnt. Seitens der Verwaltung wurde ausgeführt, dass der Satz bereits um 0,3 % gesenkt werde.

1.4 Präventionsberatung zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit; Fortführung der Leistungsvereinbarung mit dem SkF - Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Ortsverein Eschweiler 288/17

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden Beschluss.

Der Fortführung der bisherigen Kooperation mit dem SkF - Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Ortsverein Eschweiler auf Grundlage einer Leistungsvereinbarung zur Präventionsberatung zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit, einschließlich der hierzu notwendigen Allgemeinen Sozialen Beratung - ASB und unter Gewährung eines Personalkostenzuschusses in Höhe von 33.000,00 Euro pro Jahr für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2019, wird zugestimmt.

1.5 Zuschuss für den Citymanagement Eschweiler e.V. 377/17

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nachfolgenden Beschluss.

Vorbehaltlich einer späteren Prüfung des Verwendungsnachweises wird der Zuschuss für den Citymanagement Eschweiler e.V. ab dem Geschäftsjahr 2018 von 5.000 € auf 15.000 € erhöht.

1.6 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2018 374/17

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss mehrheitlich, bei Enthaltung der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion nachfolgenden Beschluss.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2018 ist unter Berücksichtigung der Veränderungsliste Verwaltung und entsprechend dem Ergebnis der Haushaltsplanberatung im Haupt- und Finanzausschuss zu überarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

2 Anfragen und Mitteilungen